

DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Bayern • www.die-linke.de

Frieden

**Abrüsten!
Waffenexporte
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

Weniger Beitrag, mehr Leistung

Von der Solidarischen Gesundheitsversicherung profitiert die Mehrheit. **Seite 6**

Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärsteuer einzuführen. **Seite 12**

Gute Gewinne sind möglich

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**

Interview
Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

© Amin Akhtar/DIE LINKE

Gerechtigkeit ist wählbar!

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs

Christian Mang

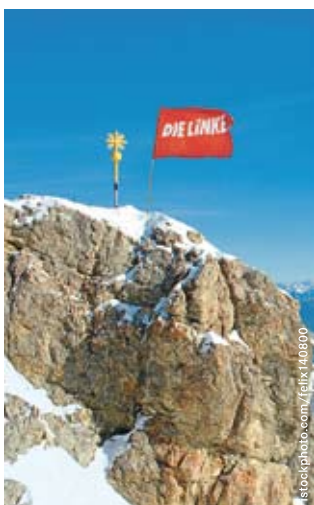
Für ein besseres Bayern

Die Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung, auch für Bayern. Die Richtung können wir alle mitbestimmen. Wollen wir den oberen Zehntausend in diesem Land noch mehr Macht und Einfluss geben und die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertiefen? Oder wollen wir uns gemeinsam für ein gutes Leben für alle Menschen einsetzen? Die Einkommensungleichheit ist gerade in Bayern deutlich sichtbar. Dies wirkt sich sogar auf die Lebenserwartung der

Menschen aus. Wer durch Erbschaft oder durch die Arbeit anderer reich geworden ist, lebt im Durchschnitt neun Jahre länger als Menschen, die trotz harter Arbeit wenig Einkommen haben. Über 500 000 Menschen in Bayern üben neben ihrer Hauptbeschäftigung noch einen Zusatzjob aus. Häufig reicht das Einkommen aus einem normalen Beschäftigungsverhältnis nicht mehr zum Leben. Wir kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen, für sichere Ren-

ten und ein gutes Leben für alle. Wir wollen ein Land, in dem alle ihren gerechten Anteil und die gleiche Teilhabe an der Gesellschaft haben. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut leben können und keine Angst vor sozialem Abstieg haben müssen. Dafür sind wir bereit, uns mit den Reichen und Mächtigen anzulegen. Doch dazu brauchen wir Sie: als Wählerin und Wähler oder als Mitglied der Partei DIE LINKE. Sind Sie dabei?

Mehr zu Bayern ab Seite 5



istockphoto.com/felix_fuehrer



Katja Kipping und Bernd Riexinger

Liebe Wählerinnen und Wähler,

DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.

Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

Familien soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

Alleinerziehende tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

Erwerbstätige sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

Erwerbslose brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

Mieterinnen und Mieter sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

Rentnerinnen und Rentner hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

Pflegekräfte sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

Studierende sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm

Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

DIE LINKE will
 ■ 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken
 ■ Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen
 ■ mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken
 ■ Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial vertraglich umbauen.

»Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

Sahra Wagenknecht: Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

Wagenknecht: In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

Dietmar Bartsch: Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

Worin besteht dieser?

Bartsch: Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

Wie kann das gelingen?

Wagenknecht: Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

Bartsch: Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...

Bartsch: ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?

Wagenknecht: Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

Bartsch: Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiteres.«
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?

Wagenknecht: Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

Bartsch: Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?

Bartsch: Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns.

Wagenknecht: CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiteres.

Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?

Wagenknecht: DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

Bartsch: Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



Dietmar Bartsch, geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



Sahra Wagenknecht, geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

»Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren. »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist.

Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll: Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

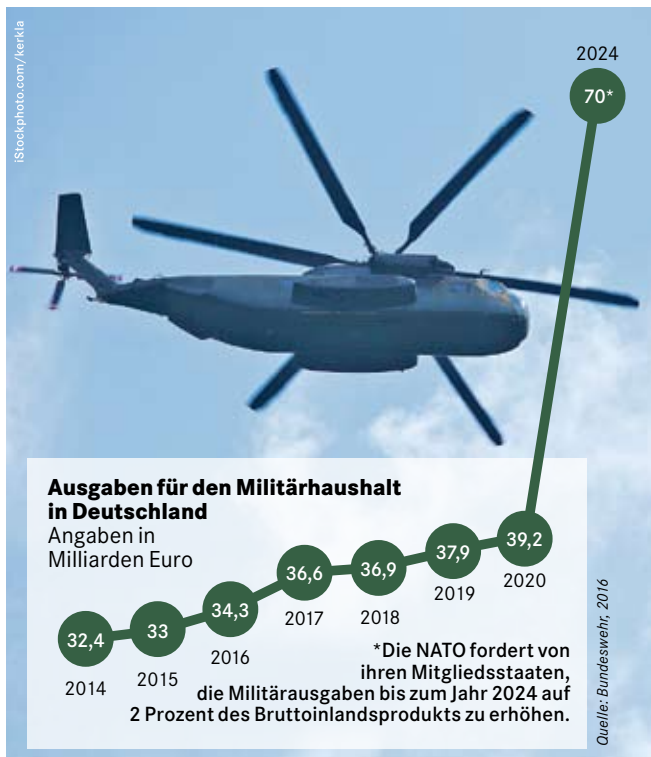
»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltweite, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

Der Mann wird einfach noch gebraucht. In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

DIE LINKE will
 ■ die EU neu starten: mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.



Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden. »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.

Sichere Jobs statt Befristung

Susanne Ferschl macht sich stark für gute Löhne und mehr Rechte für Beschäftigte

Wer heute einen Job sucht, findet häufig keine feste und gut bezahlte Arbeitsstelle, sondern nur ein befristetes Arbeitsverhältnis, einen Teilzeit- oder Minijob oder eine Stelle bei einer Leiharbeitsfirma. In all diesen Formen der prekären Beschäftigung hat man nur eingeschränkte Arbeitnehmerschutzrechte und kaum berufliche Perspektiven. Dazu kommt,

dass die Entlohnung meist deutlich niedriger ist als üblich. Besonders häufig betroffen sind Frauen und junge Menschen. **Nur 45 Prozent der Frauen arbeiten in einem normalen Arbeitsverhältnis.** Auch Jugendliche sind zunehmend Opfer dieser Entwicklung. 32 Prozent der unter 35-Jährigen haben einen unsicheren Job in Form von Befristung

oder Leiharbeit. Doch die Politik der letzten Jahre hat nicht versucht, diese Situation zu entschärfen. Im Gegenteil: Gerade durch die Agenda 2010 von SPD und Grünen und die damit verbundenen Hartz-IV-Gesetze haben der Niedriglohnsektor und die Altersarmut massiv zugenommen. Betriebsräte und Gewerkschaften wurden geschwächt, immer häufiger begehen Unternehmen Tarifflucht. Tarifverträge gelten heu-

te nur noch für eine Minderheit der Beschäftigten. Für einen großen Teil der Beschäftigten sind die Löhne in den letzten Jahren real nicht mehr gestiegen, sondern sogar gesunken. Die Folge: Immer mehr Menschen werden Armutsrenten beziehen. DIE LINKE kämpft für eine

Umverteilung des Reichtums von den Profiten zu den Löhnen. **»Dazu wollen wir hohe Einkommen stärker belasten, um damit Gering- und Durchschnittsverdiener zu entlasten«,** sagt Susanne Ferschl, die für DIE LINKE auf Listenplatz 3 kandidiert. Alle, die weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdienen, werden nach unserem Konzept entlastet. Außerdem will DIE LINKE hohe Gewinne wieder stärker besteuern – es kann nicht sein, dass Einkünfte aus Arbeit höher besteuert werden als Einkünfte aus Gewinnen und Kapitalerträgen. Denn für alle ist genug da, wenn alle genug beisteuern.

DIE LINKE will

- unbefristete Arbeitsplätze mit Löhnen schaffen, die zu einem guten und sicheren Leben reichen
- dass Leiharbeitskräfte den gleichen Lohn wie Festangestellte erhalten plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent
- den Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen.



Für eine selbstbestimmte Jugendpolitik

Ich kandidier jetzt einfach selbst!

Ich bin mit 19 Jahren ein sehr junger Bewerber für den Bundestag. Gerade als junger Mensch ist es mir wichtig, selbst für meine Interessen zu streiten. Denn die Erwartungen an uns Jugendliche sind vielfältig. Über »die Jugend« wird aber meist nur gesprochen, wenn es Probleme gibt. Von den »Alten« werden wir kritisch beäugt. Die Rahmenbedingungen für den Start ins Leben könnten unterschiedlicher nicht sein: Viele Kinder und Jugendliche sind von Armut bedroht, entweder durch eigene Erwerbslosigkeit oder die der Eltern. Das Leben vieler junger Menschen ist durch krassen Leistungsdruck belastet, weil Schulen und Unis zu Lernfabriken wurden. Ausbildungsplätze sind schwer zu bekommen und oft mies bezahlt. Jugendliche sind aber nicht politikverdrossen. Wir wollen die Gesellschaft verändern, sie offener und bunter machen. Man muss vielmehr sagen: Die Politik ist jugendverdrossen. Ich kandidiere für DIE LINKE, weil sie Jugendliche unterstützt und unsere Rechte stärken will. DIE LINKE fordert zum Beispiel:

- die längst überfällige Entkriminalisierung von Cannabis-GenießerInnen,
- einen kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche und kostenfreien Eintritt für Museen, Theater und Konzerte,
- mehr Anerkennung für Jugendkultur wie Graffiti, Streetart oder Festivals,
- das Wahlalter ab 16 Jahren,
- soziales Engagement anerkennen: die Stärkung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) und auch des Freiwilligendienstes im Ausland und eine höhere Vergütung.

Produzieren für den Frieden

Andreas Wagner kämpft für ein Verbot von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten

»Im Jahr 1990 ging ich in München das erste Mal auf eine Friedensdemo. Wir demonstrierten gegen einen weiteren Golfkrieg, der sich durch die Verlegung von Waffen und Soldaten an den Persischen Golf ankündigte. Und wir demonstrierten gegen die Rüstungsexporte in den Nahen Osten«, weiß Andreas Wagner noch genau, der für DIE LINKE auf Listenplatz 6 für den Bundestag kandidiert. Damals wie heute spielt es bei Waffengeschäften keine Rolle, ob das Empfängerland Kriegspartei ist oder Menschenrechte verletzt. Was zählt, sind Aufträge für die Rüstungs-

industrie und deren Profit. Derzeit ist Deutschland der weltweit drittgrößte Exporteur von Waffen. Im Jahr 2015 reiste gar der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer nach Saudi-Arabien und sprach sich für Waffengeschäfte mit dem Land aus. Dies verwundert nicht, denn die bayerische Rüstungsindustrie profitiert besonders von Waffenexporten. **Mit einem Anteil von 55 Prozent stammten im Jahr 2015 mehr als die Hälfte aller deutschen Rüstungsexporte aus Bayern.** Jede Waffe, die aus Deutschland exportiert wird, dient der Aufrüstung eines

anderen Landes, fördert Unterdrückung und macht es möglich, dass anderswo in der Welt Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden. **DIE LINKE fordert ein Verbot aller Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte – ohne Ausnahmen.** Gleichzeitig ist die Rüstungsproduktion im Rahmen von Konversionsprogrammen nach dem Motto »Produzieren für den Frieden, nicht für den Krieg« auf zivile Produkte umzustellen. So sollen Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Dafür steht DIE LINKE.



Engagement contra Rassismus

Simone Barrientos fordert die kulturelle Integration von Flüchtlingen

Fremdenfeindlichkeit und rassistische Weltvorstellungen auf den Straßen, aber auch in Parteien und Organisationen wurden in jüngster Vergangenheit mit Vehemenz sichtbar. Unter einer herbeigeschriebenen, von Lügenmärchen, Unwahrheiten und falschen Meldungen in Tageszeitungen und sozialen Medien befeuerten Bedrohungslage konnten Ressentiments, Rassenhass und Ideen von White Supremacy bedrohlich wach-

sen. Die Berichterstattung konzentrierte sich viel zu häufig auf die Pegida-Märsche. Die Talkshows wurden zu oft zu Bühnen für die AfD. »Die Wirklichkeit ist völlig anders. **800.000 Menschen haben sich bundesweit für die Betreuung der Flüchtlinge eingesetzt.** Allein in München sind mehr als 60 Initiativen ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe aktiv«, so Simone Barrientos, LINKE-Kandidatin auf Listen-

platz 5. Hunderttausende haben gegen den neuen Rechtsterrorismus protestiert: Menschen aus allen demokratischen Parteien, allen Religionen, aus Gewerkschaften und Landfrauenverbänden – der Durchschnitt der Bevölkerung. Sie sind die Mehrheit. Das schließt uns ein. Die Initiative »kulturelle Integration« hat Leitlinien für eine erfolgreiche Integration verabschiedet. Es gibt eine breite antirassistische Bewegung in

der Gesellschaft. Sie muss ihren Widerhall aber auch in einer Politik gegen Armut finden. Sichere Renten, freie Bildung von der Kita bis zur Uni, ein egalitäres Schulsystem, Sprachunterricht für die neuen Bürgerinnen und Bürger, eine leichtere Erlangung der Staatsbürgerschaft, das Recht auf Arbeit, ausreichender preiswerter Wohnraum und die intensive Verfolgung von Hassverbrechen sind notwendig. Dafür steht DIE LINKE.



Wer wenig hat, zahlt wenig

Die Solidarische Gesundheitsversicherung ist die LINKE Alternative zur Zweiklassenmedizin: eine Krankenkasse für alle. Im Gespräch mit Harald Weinberg, Sprecher für Krankenhauspolitik und Gesundheitsökonomie der Linksfraktion im Bundestag, über das Konzept der LINKEN



Wie berechnen sich die Beiträge für die Solidarische Gesundheitsversicherung?

Die Höhe der jeweiligen Krankenversicherungsbeiträge richtet sich nach der individuellen Leistungsfähigkeit, also nach dem individuellen Einkommen. Zur Berechnung des Beitrags werden alle Einkommensarten herangezogen, inklusive Kapitalerträge und Einnahmen

aus Vermietung und Verpachtung. Wer viel Einkommen hat, zahlt viel. Wer wenig hat, zahlt wenig. Und wer keins hat, zahlt nichts. Außerdem wollen wir die paritätische Finanzierung wiederherstellen, das bedeutet, zukünftig sollen Arbeitgeber wieder die Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge auf Löhne und Gehälter der Beschäftigten zahlen. Die Zusatzbeiträge

der Versicherten wollen wir abschaffen.

Was passiert mit den Zuzahlungen?

Zuzahlungen belasten einseitig die Versicherten und werden deshalb in der Solidarischen Gesundheitsversicherung abgeschafft. Für Zahnprothesen, Medikamente, Physiotherapien, Fahrten und Krankenhausaufent-

halte müssen Versicherte dann keinerlei Zuzahlung mehr leisten. Das funktioniert, weil wir auch die Beitragsbemessungsgrenze anheben und perspektivisch abschaffen wollen: Derzeit zahlt jemand mit 10.000, 20.000 oder 100.000 Euro Einkommen im Monat genauso viel Beitrag wie jemand mit 4.300 Euro. Wenn wir das gerecht gestalten, dann wäre auch die Abschaffung der Zuzahlungen locker finanziert.

Was bedeutet das genau für die Beitragszahlerinnen und -zahler?

Die große Mehrheit der abhängig Beschäftigten wird deutlich entlastet. Laut einer aktuellen Studie von Prof. Dr. Heinz Rothgang könnte der Beitragssatz von derzeit 15,5 Prozent auf unter 12 Prozent sinken. Eine Person mit einem Durchschnittseinkommen spart etwa 1.000 Euro netto im Jahr.

Wie finde ich heraus, wie viel ich als Beitrag zahlen müsste?

Das geht online mit unserem Beitragsrechner auf der Internetseite: beitragsrechner.linksfraktion.de. Hier können

Sie genau herausfinden, wie viel Beitrag Sie bei der Solidarischen Gesundheitsversicherung zahlen müssen.

Welche Leistungen soll die Solidarische Gesundheitsversicherung anbieten?

Alles medizinisch Notwendige wird bezahlt, auch Leistungen, die bisher ausgeschlossen sind wie Brillen und rezeptfreie Arzneimittel werden übernommen. Es geht um eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle. Zu diesem Zweck soll auch der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen überarbeitet werden. Die Solidarische Gesundheitsversicherung würde dafür die finanziellen Voraussetzungen schaffen. Und die solidarische Pflegeversicherung schafft außerdem die Voraussetzung für eine echte Reform, für echte Leistungsverbesserungen und eine bessere Entlohnung der Pflegekräfte.

Die Studie von Heinz Rothgang kann online unter folgendem Link heruntergeladen werden: www.linksfraktion.de/publikationen

Das bringt die Solidarische Gesundheitsversicherung

So würden sich die Beiträge zur Krankenversicherung verändern:

	 Friseur	 Bauarbeiter	 Verkäuferin	 Krankenschwester	 Netzwerk-administratorin	 Fachärztin	 Bundestags-abgeordnete
Einkommen pro Monat (brutto)	1.400 Euro	1.800 Euro	2.200 Euro	2.600 Euro	3.200 Euro	5.800 Euro	9.327 Euro
Aktueller monatlicher Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	117,60 Euro	151,20 Euro	184,80 Euro	218,40 Euro	268,80 Euro	365,40 Euro	365,40 Euro
Neuer monatlicher Beitrag in der Solidarischen Gesundheitsversicherung	81,90 Euro	105,30 Euro	128,70 Euro	152,10 Euro	187,20 Euro	339,30 Euro	545,63 Euro

istockphoto.com/seewhatmitchsee, juniorbeep, CTRPhotos

Mieten runter!

Wohnen muss sich am Bedarf von vielen orientieren, nicht am Profit für wenige

Nicht nur in Großstädten explodieren die Mieten. Das ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis falscher Politik: Der soziale Wohnungsbau wurde ausgetrocknet, der Spekulation mit Wohnraum wurden keine Grenzen gesetzt. In den vergangenen 30 Jahren hat die Zahl der Sozialwohnungen um zwei Drittel abgenommen.

Diese Politik ist von allen Parteien außer der LINKEN gestützt worden. Die Folgen spüren immer mehr Menschen: Sie müssen immer mehr Geld fürs Wohnen aufbringen. In Großstädten wie München geht die Hälfte des Einkommens für die Miete drauf. Viele Menschen sind gezwungen, umzuziehen oder lange zu pendeln. »Wir wollen eine Mietpreisbremse, die ihren Namen auch verdient. Eine echte Mietpreisbremse wäre die Deckelung der Mieten bei

Neuvermietung – und der Mieten überhaupt«, fordert Nicole Gohlke, Spitzenkandidatin der bayerischen LINKEN. **Nur die Abschaffung von Mieterhöhungen bei Modernisierung, ein Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen, die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus und ein Stopp der Bodenspekulation sind eine nachhaltige Lösung.** Es wird viel gebaut in Bayern, aber es entstehen vor allem Luxuswohnungen. DIE LINKE fordert, dass bundesweit pro Jahr mindestens 250.000 neue gemeinnützige Sozialwohnungen geschaffen werden. Die Zweckbindung soll künftig unbefristet gelten. Genossenschaftliches Wohnen muss unterstützt und gefördert werden. Statt Profit und Markt sollen der Bedarf und die Gemeinnützigkeit im Vordergrund stehen.

DIE LINKE will

- einen Neustart für den öffentlichen, sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau, jährlich mindestens 250.000 neue Sozialwohnungen
- Privatisierung von öffentlichen Grundstücken und Wohnungen stoppen
- Wohnungen zurück in die öffentliche Hand bringen, dafür soll ein Rekommunalisierungsfonds gebildet werden
- eine wirkliche Mietpreisbremse, die flächendeckend, bundesweit, unbefristet und ohne Ausnahme gilt
- das Recht auf Wohnen im Grundgesetz verankern.



Gute Bildung für alle

Mehr Geld für Kitas, Schulen und Hochschulen fordert die LINKE Bundestagsabgeordnete Nicole Gohlke

Alle Eltern kennen den Wunsch: Dem Kind soll es einmal gut gehen, vielleicht sogar besser als einem selbst. Deshalb braucht es gute Bildungseinrichtungen. Doch sie sind in einem schlechten Zustand.

Wer in Bayern einen finanzierbaren Kitaplatz in erreichbarer Nähe zur Wohnung sucht, bekommt Probleme. Bundesweit fehlen 300 000 Kitaplätze – viele davon in Bayern. Trotzdem wurden die Investitionen massiv zurückgefahren. Gleichzeitig werden die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, wie auch in den meisten anderen Bereichen der Sozial- und Erziehungsdienste, unterirdisch schlecht bezahlt – obwohl sie eine für die ganze Gesellschaft so wertvolle Bildungsarbeit leisten. Zu Recht streikten sie in den letzten Jahren unter dem Motto: »Wir sind mehr wert!« Erziehende haben mehr Anerkennung verdient, wie auch die Kleinsten in unserer Gesellschaft. DIE LINKE will den bedarfsgerechten Ausbau der

Kitas. Wir wollen, dass sie kostenfrei sind, damit alle Kinder gefördert werden!

In den ländlichen Räumen Bayerns werden Schulen geschlossen. Die Wege zur Schule sind für viele Kinder zu weit, sie sind schon erschöpft, wenn sie die Schule erreichen. In den größeren Städten sind die Klassen zu groß, regelmäßig fällt Unterricht aus. Viele Schulgebäude und Turnhallen sind in einem maroden Zustand. Wer reich ist, kann diese schlechten Lernbedingungen privat, zum Beispiel mit Nachhilfe, kompensieren – doch viele können das nicht. **»Wir wollen, dass Kinder individuell und gleichberechtigt gefördert werden – egal ob sie finanzielle Nöte oder individuelle Lernprobleme haben«,** sagt Nicole Gohlke, Kandidatin der LINKEN auf Listenplatz 2. Deshalb steht DIE LINKE für ein längeres gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse. Wir wollen die Schulen als echte Bildungsstätten und soziale Zentren

stärken. Die soziale Benachteiligung muss auch auf dem Weg zur Hochschule gestoppt werden. Noch immer kommen Kinder aus vermögenden oder akademischen Haushalten dreimal häufiger an die Uni als andere. Viele Studierende haben finanzielle Probleme, weil das BAföG zu gering und die Mieten und Gebühren zu hoch sind. **Ein Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir wollen das BAföG erhöhen und ausweiten, damit sich alle Menschen ein Studium leisten können.** Genauso muss die Situation der Beschäftigten und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dringend verbessert werden. Gute und unabhängige Wissenschaft funktioniert nur mit guten Arbeitsbedingungen und einer soliden öffentlichen Finanzierung. Wir stellen Leistungsdruck, Unterfinanzierung und sozialer Spaltung in der Bildung eine andere Idee entgegen: DIE LINKE steht für gute Lernbedingungen für alle und ei-

ne faire Bezahlung für die Erziehenden und Lehrenden. Bildung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss ausreichend

vom Staat finanziert werden. Deshalb muss es auch eine echte Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildung geben.



Nicole Gohlke, Spitzenkandidatin der bayerischen LINKEN für den Bundestag

Katja-Julia Fischer



Katja-Julia Fischer

Liebe Wählerinnen und Wähler,

die Rente ist ein Thema, das nicht nur Ältere bewegt. Laut Bertelsmann Stiftung steigt das Altersarmutsrisiko bis zum Jahr 2036 auf 20 Prozent. Besonders betroffen sind alleinstehende Frauen. Ihr Risiko, bei Renteneintritt auf Grundversicherung angewiesen zu sein, steigt von 16 Prozent im Jahr 2015 auf fast 28 Prozent 2036. Kein Wunder. Die Schröder-Regierung und die Regierung Merkel haben das Ziel einer Rente, die den Lebensstandard im Alter sichert, aufgegeben.

Stattdessen sollen die Beiträge zur Rente stabil bleiben. Dies gilt aber nur für die Arbeitgeber. Die Beschäftigten sollen zusätzlich Beiträge für eine private Altersvorsorge zahlen, um sich vor Altersarmut zu schützen.

Trotz erheblicher Kritik halten Union, SPD, FDP und die Grünen an der privaten Rentenversicherung fest. Warum? Zum einen macht die Versicherungswirtschaft mit der privaten Rentenvorsorge gute Gewinne. Zum anderen werden die Arbeitgeber entlastet, da Beiträge für die private Rentenversicherung von den Beschäftigten allein bezahlt werden. Im Gegensatz dazu tragen die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung Beschäftigte und Unternehmen gemeinsam.

Für die Beschäftigten kommt die Rentenpolitik der Bundesregierung einer Rentenkürzung gleich. Um die Beiträge stabil zu halten, wurde das Rentenniveau nach unten gedrückt. In der Regierungszeit von Helmut Kohl betrug die Rente circa 53 Prozent des Arbeitseinkommens.

Heute beträgt sie noch etwa 47 Prozent – und sinkt weiter. Auch die Rente erst ab 67 ist eine Rentenkürzung. All jene, die vor dem gesetzlich vorgesehenen Rentenalter in Rente gehen, bekommen je Monat, den sie früher in Rente gehen, 0,3 Prozent weniger Rente – also 3,6 Prozent jährlich!

Ein Umdenken in der Rentenpolitik ist dringend notwendig. DIE LINKE fordert eine deutliche Anhebung des Rentenniveaus – wenigstens auf das Niveau unter Kohl von 53 Prozent. Wir wollen eine Regelaltersgrenze von 65 Jahren und eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro, um Altersarmut entgegenzuwirken.

Dass ein vernünftiges Rentenniveau auch heute noch möglich ist, zeigt Österreich. Die gesetzliche Rente eines Österreicherers ist bei vergleichbarer Lebensleistung um etwa 770 Euro höher als bei uns. Wie funktioniert das? Die Rente in Österreich ist – wie unsere gesetzliche Rente auch – umlagenfinanziert. Doch im Gegensatz zu hier zahlen alle Erwerbstätigen ein. Damit ist

die gesetzliche Rente in Österreich so stark ausfinanziert, dass Betriebsrenten und private Altersvorsorge nur eine Nebenrolle spielen.

Auch wir wollen, dass alle Berufsgruppen in die gesetzliche Rente einzahlen – also auch jene, die bisher ausgenommen sind, wie Selbstständige, Beamte, Politikerinnen und Politiker, Rechtsanwälte und Architektinnen. Wir wollen die Beitragsbemessungsgrenze, also den Einkommensteil, von dem Rentenbeiträge erhoben werden, deutlich anheben und perspektivisch ganz aufheben. Wir wollen, dass die Renten der höheren Einkommensklassen abgeflacht werden, um Spielraum für die Finanzierung der solidarischen Mindestrente zu haben.

Eine gemäßigte Anhebung der Rentenbeiträge ist sicherlich notwendig. Doch für die Beschäftigten ist die Belastung durch moderat höhere Beiträge bei Weitem geringer als eine zusätzliche private Vorsorge, zum Beispiel über eine Riester-Rente: Ein Durchschnittsverdiener müsste nur

33 Euro pro Monat mehr in die Rentenkasse einzahlen, um wieder ein Rentenniveau von 53 Prozent zu erreichen. Seine Rente würde sich dadurch um 122 Euro netto im Monat erhöhen. In einen Riester-Vertrag müsste er hingegen monatlich 105 Euro einzahlen, um im Alter dieses Rentenniveau zu erreichen.

Unser Rentenkonzept ist durchgerechnet und entlastet die Beschäftigten.

Es stabilisiert die Rente und hilft allen, die auf eine gesetzliche Rente angewiesen sind. Alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien und die FDP haben die Renten gekürzt. Wenn Sie eine gute Rente wollen, wählen Sie DIE LINKE! Ihr

Klaus Ernst
stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag

Die Gesichter der LINKEN in Bayern

Landesliste zur Bundestagswahl



Klaus Ernst

■ ehemaliger 1. Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt, Diplomvolkswirt und Diplomsocialökonom. Seit 2005 Mitglied des Bundestags, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Wahlkreis 250 Schweinfurt.

»Arbeit muss ordentlich bezahlt werden und braucht vernünftige Regeln.«

»Befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund, Leiharbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung durch Werkverträge sind prekäre Beschäftigung und müssen eingedämmt werden. Der Mindestlohn ist zu niedrig. Er muss, wie das Rentenniveau, erhöht und das Steuersystem gerecht gestaltet werden.«

www.mdb-klaus-ernst.de



Nicole Gohlke

■ Kommunikationswissenschaftlerin. Seit 2009 Mitglied des Bundestags. Hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag,

»Bildung ist ein Menschenrecht und darf kein Privileg der Reichen sein.«

Wahlkreis 219 München-Süd. »Ich setze mich innerhalb und außerhalb des Parlaments gegen das sozial selektive Bildungssystem und für eine öffentliche Ausfinanzierung ein. Ich streite für gute Arbeit in der Wissenschaft, die sich nicht länger unter dem neoliberalen Dauerwettbewerb verschlechtern darf. Für eine alternative Hochschul- und Wissenschaftspolitik werde ich mit der Studierendenbewegung und mit engagierten Wissenschaftlerinnen weiter kämpfen!«

www.nicole-gohlke.de



Susanne Ferschl

■ Chemielaborantin, Gesamtbetriebsratsvorsitzende, Wahlkreis 257 Ostallgäu. »Seit über 20 Jahren bin ich gewerkschaftlich aktiv und seit vielen Jahren Betriebsrats- und Gesamtbetriebsratsvorsitzende in einem großen Konzern. Ich vertrete damit Arbeitnehmerinteressen gegen Konzerninteressen. Aus dieser Erfahrung weiß ich, dass es möglich ist, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen konkret vor Ort zu verbessern. Dafür möchte ich mich nach über 20 Jahren als Arbeitnehmervertreterin nun als Bundestagsabgeordnete einsetzen und auch dort konsequent Politik für Beschäftigte, Erwerbslose und Rentner und Rentnerinnen machen.«

www.susanne-ferschl.de



Harald Weinberg

■ Bildungsberater, seit 2009 Mitglied des Bundestags, Sprecher für Krankenhauspolitik und Gesundheitsökonomie der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Wahlkreis 241 Ansbach. »Zweiklassenmedizin und Wettbewerb schaden der Gesundheit. Ich setze mich für ein solidarisches Gesundheitssystem ein, das niemanden bevorzugt oder benachteiligt und alle nach dem Stand der Wissenschaft behandelt.«

www.harald-weinberg.de



Simone Barrientos

■ Kulturschaffende, Wahlkreis 251 Würzburg. »Kunst und Kultur, Feminismus und Migration sind die Kernthemen, für die ich mich im Bundestag einsetzen möchte. Wir brauchen eine Frauenpolitik, die mehr ist als Makulatur. Feministische Politik muss Veränderungen schaffen, in Unternehmen und in Familien. Frauenrechte sind keine Privatsache. Kunst und Kultur müssen als wesentliche Bestandteile

einer funktionierenden pluralistischen Gesellschaft gefördert werden. Und wir brauchen eine Migrationspolitik, die den Menschen in den Vordergrund stellt. Dazu gehört auch eine Entwicklungspolitik, die Fluchtursachen nicht schafft, sondern verhindert.«

www.simone-barrientos.de



Andreas Wagner

■ Heilerziehungspfleger, Wahlkreis 223 Bad Tölz-Wolfratshausen – Miesbach. »Ich wurde in Bad Tölz geboren, bin verheiratet und habe drei Kinder im Alter von 14, 17 und 19 Jahren. Ich besuchte die Hauptschule, bin ausgebildeter Werkzeugmacher, Heilerziehungspfleger und seit 21 Jahren Betriebsratsvorsitzender. Ich will eine Politik, die Vorurteile abbaut, die Verständigung untereinander fördert und allen Menschen, die hier leben, eine Perspektive gibt. Außerdem setze ich mich für Abrüstung, das Ende der Kriegseinsätze der Bundeswehr und dem Stopp von Waffenexporten ein.«

www.aktiv-für-abrüstung.de



Eva Schreiber

■ Ethnologin, Wahlkreis 221 München-Land. »DIE LINKE setzt sich für fairen Handel weltweit ein, damit es der Bevölkerung aller Länder gut geht und nicht nur wenigen großen Konzernen. Deshalb kämpfe ich gegen sogenannte Freihandelsabkommen wie CETA, TiSA oder die EPAs und wehre mich dagegen, dass die Daseinsvorsorge zum Geschäftsfeld wird. Daseinsvorsorge hat dem Gemeinwohl zu dienen und nicht dem Profit.«



Erkan Dinar

■ Einzelhandelskaufmann, Wahlkreis 228 Landshut. »Als Stadt- und Kreisrat kenne ich die alltäglichen Probleme der Menschen. Wenn es um

soziale Gerechtigkeit und Friedenspolitik geht, sind wir als LINKE einfach die ersten Ansprechpartner. Für die Wählerinnen und Wähler in der Region Landshut möchte ich mich besonders für die Themen Strukturpolitik auf dem Land sowie Fördergelder für den sozialen Wohnungsbau starkmachen. Der Einsatz für gute Arbeit, gute Löhne sowie menschenwürdige Renten ist Triebfeder meines Engagements.«



Renate Schiefer

■ Bildungsreferentin, Wahlkreis 215 Fürstenfeldbruck. »Wahlen sind seltene Gelegenheiten, linke Forderungen zu Gehör zu bringen. Der Kapitalismus ist gescheitert, eine gerechte Gesellschaft dringend notwendig: Her mit ordentlichen Renten und Löhnen, mit sicherer Arbeit, Schluss mit Ausgrenzung und Entrechtung Armer, Arbeitsloser, Geflüchteter, sofortiges Ende von Rüstung und Kriegsunterstützung! Geben wir den Menschen endlich den Reichtum zurück, den sie erarbeitet haben! Er gehört nicht den Mächtigen und Reichen. Wirtschaft für Menschen, nicht den Profit!«



Frederik Hintermayr

■ Gesundheits- und Krankenpfleger, Bezirksrat, Wahlkreis 252 Augsburg-Stadt. »Es herrscht Pflegenotstand. Bundesweit fehlen über 100 000 Pflegekräfte. Krankenhäuser, Altenheime und Pflegedienste wurden in den letzten 20 Jahren zu Unternehmen umgebaut. Es geht nur noch um Kosteneinsparungen und Profit. Doch diese Entwicklung ist eine Gefahr für Patientinnen und Patienten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb müssen wir gemeinsam diese Entwicklung rückgängig machen. Menschen vor Profite!«

www.frederik-hintermayr.de

Kontakt
DIE LINKE. Bayern
Äußere Cramer-Klett-
Straße 11–13
90489 Nürnberg
Telefon: 09 11/431 07 24
www.die-linke-bayern.de

Platz 1
Klaus Ernst
MdB, Diplomvolkswirt,
Diplomsocialökonom,
Wahlkreis Schweinfurt

Platz 2
Nicole Gohlke
MdB, Kommunikations-
wissenschaftlerin,
Wahlkreis München-Süd

Platz 3
Susanne Ferschl
Gesamtbetriebsratsvorsitzende,
Wahlkreis Ostallgäu

Platz 4
Harald Weinberg
MdB, Bildungsberater,
Wahlkreis Ansbach

Platz 5
Simone Barrientos
Kulturschaffende,
Wahlkreis Würzburg

Platz 6
Andreas Wagner
Heilerziehungspfleger,
Wahlkreis Bad Tölz-Wolfratshausen – Miesbach

Platz 7
Eva Schreiber
Ethnologin, Wahlkreis
München-Land

Platz 8
Erkan Dinar
Einzelhandelskaufmann,
Wahlkreis Landshut

Platz 9
Renate Schiefer
Bildungsreferentin,
Wahlkreis Fürstenfeldbruck

Platz 10
Frederik Hintermayr
Gesundheits- und
Krankenpfleger,
Wahlkreis Augsburg-Stadt

Platz 11
Yenni Kellermann
Verkäuferin, Wahlkreis
Deggendorf

Platz 12
Sebastian Sommerer
Bankfachwirt, Student,
Wahlkreis Tröstau

Platz 13
Brigitte Wolf
Diplominformatikerin,
Wahlkreis München

Platz 14
Anton Salzbrunn
Gewerkschaftsangestellter,
Wahlkreis Erlangen

Platz 15
Annemarie Fingert
Technikerin,
Wahlkreis München

Platz 16
Sebastian Misselhorn
Auszubildender zum Gesund-
heits- und Krankenpfleger,
Wahlkreis Edling

Platz 17
Irmgard Freihoffer
Lehrerin, Wahlkreis Regensburg

Platz 18
Erich Utz
Jurist, Wahlkreis München

Platz 19
Helene Füllgraf
IT-Projektmanagerin,
Wahlkreis München

Platz 20
Roland Meier
Diplomingenieur,
Wahlkreis Ingolstadt

Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinele

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

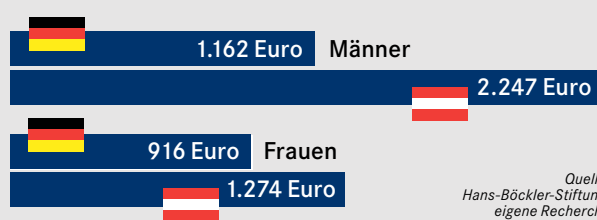
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«
Bernd Riexinger,
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

DIE LINKE will

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«
*Katja Kipping,
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

Eine sozial gerechte Energiewende

Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

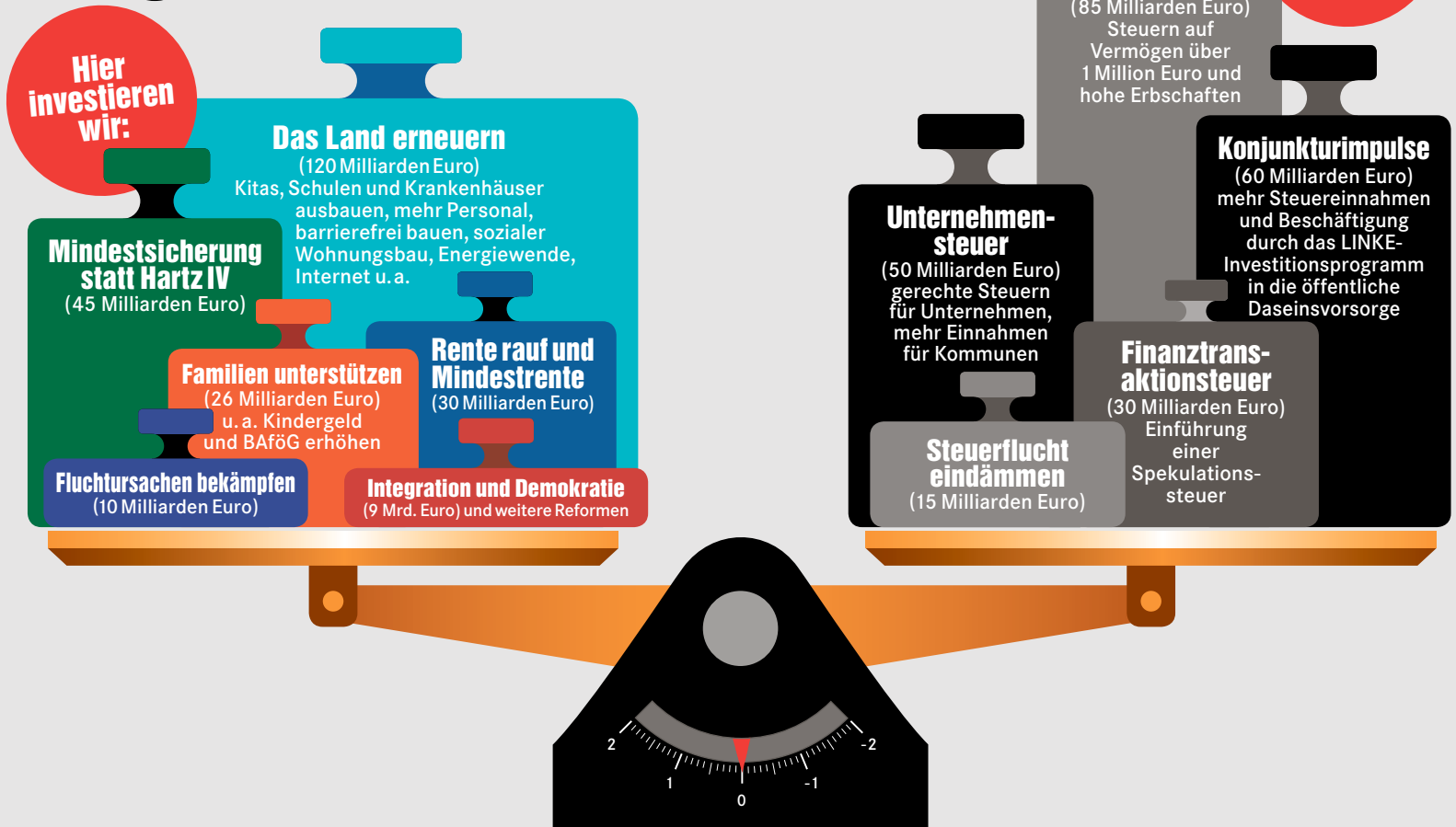
linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.

So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungssteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



Egreif Partei für eine bessere Zukunft!
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
linksaktiv@die-linke.de
Telefon: 030/24009-111
www.linksaktiv.de